



Liberalismus und Recht/ Demokratie

Liberalismus Seminar, 3. Nov. 2014

Übersicht

- Einleitung
- Demokratiebegriff
- Liberalismus vs. demokratische Bewegung
- Mehrheitsprinzip
- Liberaler und Republikanischer Demokratiebegriff
- Der Weg zur Schacherdemokratie
- Selbstbestimmung vs. Fremdbestimmung?
- Liberalismus in der Schweiz (Add-on)

Einleitung

- Rückblick:
 - Forderung von gleichen Rechten für alle
 - Ablehnung von Privilegien, keine Sonderinteressen
- Früher war der Liberalismus mit der demokratischen Bewegung für gleiche Rechte und Beteiligung eng verbunden
- Seit dem Sieg der Demokratie über autoritäre Systeme: „Irrglaube, dass die Regierung Macht nicht mehr missbraucht, wenn sie in den Händen des Volkes ist“ (Hayek)

Demokratiebegriff

- Heute ist der Demokratiebegriff „doktrinär“:
 - Wenn die Meinung der Mehrheit als einziges Kriterium zur Legitimation der Rechtmässigkeit einer Regierung ist...
 - Wenn die jeweilige Mehrheit das Recht hat, zu bestimmen, welche Macht die hat und wie diese auszuführen ist.
 - Volksmehrheit vs. Volkssouveranität in zentralisierten Staatsformen
 - Demokratie als „Religion“, keinerlei Reflexion darüber

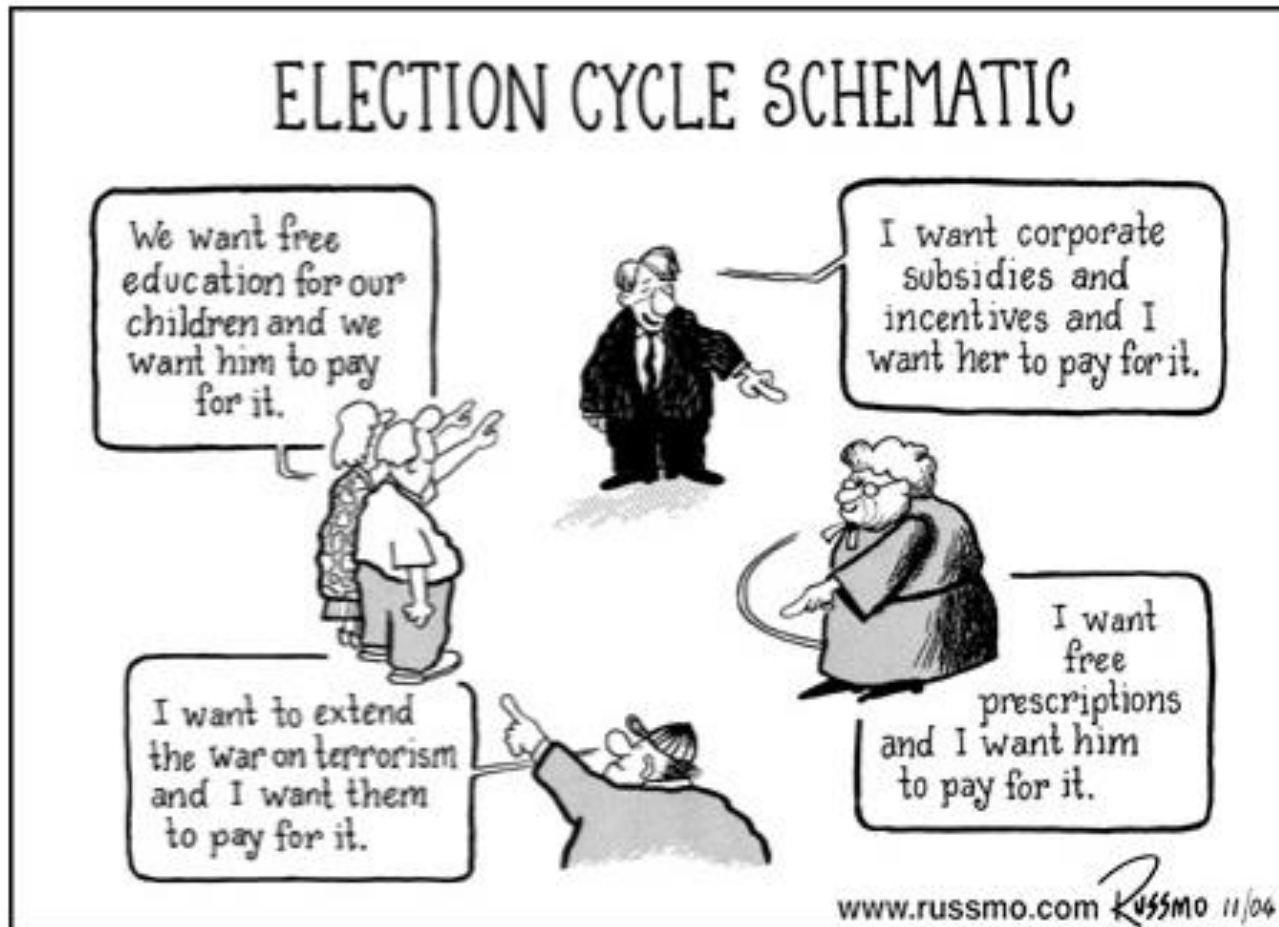
Liberalismus vs. demokratische Bewegung

- «Der Liberalismus befasst sich mit den Aufgaben des Staates und vor allem mit der Beschränkung seiner Macht. Die demokratische Bewegung befasst sich mit der Frage, wer den Staat lenken soll.»

Mehrheitsprinzip

- Mehrheitsprinzip als Entscheidungsregel nicht selbstlegitimierend (Gordon Tullock, James Buchanan)
 - Lediglich Einigung auf Verfahren?
 - Rawls: Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil“ ?
 - "Democracy is nothing more than mob rule, where 51% of the people may take away the rights of the other 49%." (Thomas Jefferson)
- Dilemma der Privilegienvergabe:
 - Zwecks Erhalt der Macht gibt die jeweilige Mehrheit ihren Interessenverbindungen Privilegien

Mehrheitsprinzip



Liberaler Begriff

- Die *liberale Demokratie*
 - wird definiert durch den Rechtsstaat
 - Grundlage ist eine Marktgesellschaft
 - Staat ist um der Rechte der Einzelnen Willen da (negative Rechte)
 - Diese sind negative Rechte
 - Regiert wird nicht durch, sondern *für* das Volk.
- Hinter diesem Bild der Demokratie kann man Lockes Liberalismus erkennen, die Eigentümermarktgesellschaft bildet die Grundlage des Rechtsstaates.
 - Andere Formen des Liberalismus, etwa ein sozialer (wie bei John Stuart Mill) oder ein konservativer (wie bei Edmund Burke), gehen in das Modell nicht ein
 - Das entscheidende Kriterium: die liberale Freiheit als eine negative, als eine Freiheit der Abgrenzung vom Gemeinwesen

Republikanischer Begriff

- Das Modell der *republikanischen Demokratie* enthält kontrastierend das, was der liberalen Demokratie fehlt: Teilhabe der Bürger am Gemeinwesen
 - Wahlen, die nicht wie Marktentscheidungen ablaufen, sondern aus Diskursen hervorgehen
 - Freiheit ist positiv, d.h., sie wird nicht in Abgrenzung vom Gemeinwesen, sondern in der Teilhabe an ihm gesucht
 - Regiert wird nicht für, sondern *durch* das Volk
 - Bürgerpolitik, Miliz, (Machiavelli, Harrington), Mischverfassung, Patriotismus (Montesquieu, Rousseau)

Der Weg zur „Schacherdemokratie“

- Zentralisierung, Intervention, Umverteilung:
Recht ist nicht mehr eine Schranke, sondern ein Instrument der staatlichen Macht
- Verfassung ist nicht mehr Schutz des Bürgers, sondern wird zur Anspruchsgrundlage gegenüber dem Staat und zur Ermächtigung des Staates, alles zu tun, was dem „Allgemeinwohl“ dient
- Öffentliches Recht verdrängt privates Recht
- Diese neuen Kompetenzen ermöglichen es dem Staat, immer mehr Interventionen zu machen
- Koalitionen der Sonderinteressen wechseln sich ab, immer mehr Bereiche des individuellen Lebens werden „verdemokratisiert“
- „Erpressungs- und Korruptionssystem“, „Auktionssystem“ (Hayek: Recht, Gesetzgebung und Freiheit)

Selbstbestimmung vs. Fremdbestimmung

Selbstbestimmung

Mitbestimmung

Fremdbestimmung



- "Democracy is the will of the people. Every morning I am surprised to read in the newspaper what I want."
(Wim Kan)

Schweizer (Partei-) Liberalismus

- Der Freisinn trägt nach der Gründung des Bundesstaates 1848 (siegreich aus dem Bürgerkrieg gegen Konservative hervorgegangen) zuerst allein und später mit der absoluten Mehrheit im Bundesrat die Regierung
- Trotz breiter Basis wird die Politik durch eine schmale Besitz- und Bildungselite um A. Escher gemacht
- Zur „Stabilisierung“ des jungen Staates wird das Wahlrecht unerwünschter Gruppen zunächst eingeschränkt (z.B. Jesuiten)
- Im Mehrheitswahlsystem werden durch gezielte Abgrenzung der Wahlkreise nicht genehme Minderheiten ausgeschaltet
- Sitzmehrheit in allen drei Räten bis 1919
- Vorherrschaft der Liberalen im Bund, Rückzug der Konservativen auf Stammlande im Schutz des Föderalismus
- Mit dem politisch-philosophischen Liberalismus französischer Prägung vermischt sich ein Manchesterliberalismus der aufstrebenden Industrie

„Liberale“ Grossfamilie

- Liberale
 - Rechter Flügel der Freisinnigen Grossfamilie
 - wollen manchesterliche Wirtschaftsordnung
 - bekämpfen Gleichheitspostulate und direktdemokratische Beteiligung; neigen von Beginn des Bundesstaates weg zu konservativer Grundhaltung
- Radikale
 - Sie wollen liberale Forderungen radikal durchsetzen
 - Ziel: zentralistischer nationaler Staat als Grundlage neuer sozialer Ordnung
 - stellen Volk über die Verfassung und sprechen ihm das Recht auf Revolution zu; haben beträchtlichen Einfluss auf Gründung des Bundesstaates.
- Demokraten
 - Repräsentativverfassungen der Dreissigerjahre (1830) sollen durch rein demokratische Staatsformen ersetzt werden, mit dem Recht auf Referendum und Initiative (verwirklicht 1874 und 1891);
 - Als Reaktion auf Äusserste Linke, bemüht sich um Integration der Arbeiterschaft durch Lösung der sozialen Frage (Interventionismus), hoffen auf klassenversöhnende Wirkung einer ausgebauten Demokratie und wollen so den marxistischen Sozialismus abwehren

„Innendifferenzierung“

- Möglichkeit der Verbreiterung der Wählerschaft (nicht nur Selbständige und Unternehmer, sondern auch Bauern, Angestellte, z.T. Arbeiter)
- Ausgleich wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und regionaler Gegensätze
- Ausreichende Aktionseinheit, Mehrheitspolitik

Wandel im 1. WK

- Gegensatz zwischen alter und jungfreisinniger, sozialpolitisch orientierter Generation
- Austritt der Romands aus der FDP-Fraktion
- Wirtschaftlich-soziale Interessenspannungen, zwischen Arbeitgebern und Angestellten, bäuerlichen Produzenten und städtischen Konsumenten, Grossunternehmern und mittelständisch kleingewerblichen Erwerbszweigen
- An beiden Flügeln bröckelt die Partei ab, was sich in den Wahlen 1919 niederschlägt

1919...

Sitzverteilung	1917	1919
FDP	104	58
CVP	41	41
SP	19	41
LPS	13	9
SVP	0	31
andere	12	9
Total	189	189
Quelle: Kriesi (1995: 142).		

Nach 1919..

- Erste Proporzwahl (1919), Freisinn verliert Vormacht im Parlament, Gewinner SP und SVP, beginnende Bürgerblock-Politik zur gemeinsamen Abwehr linker Kräfte
- Gegensätze innerhalb der Partei werden durch ständiges Aushandeln bei Sachfragen überbrückt
- Wechselnde Präferenzen zwischen staatsinterventionistischen (AHV, Agrarprotektionismus, staatliche Planung) und antietatistischen Zielsetzungen
- Die Zwischenkriegszeit mit Wirtschaftskrise bringt verschärfte soziale Gegensätze, die nach staatlichen Eingriffen rufen
- Der zweite Weltkrieg lässt Freiheitsrechte in den Hintergrund treten..

„Entideologisierung“

- Während des Krieges Öffnung für sozialpolitische Postulate
- "Entideologisierung" und Öffnung der schweizerischen Parteien zu "Volksparteien":
 - Regierungskonkordanz ab 1959
 - Freisinn hat Mühe, von der "Staatspartei" zur blossen "Regierungspartei" zu werden
- Ideologische, kantonale Unterschiede (Links/Rechtsfreisinn) bleiben, nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher regionaler Wählerbasis

Quo Vadis?

- Reideologisierung im Zuge der weltwirtschaftlichen Rezession (Ende der Periode der Verteilung von Zuwächsen) und des Aufkommens neoliberaler Strömungen
- Ideologisch zwischen Neoliberalismus und Neokonservatismus (Wirtschaftsfreiheit und Appel an moralische Normen und Sekundärtugenden)
- Bürgerblockpolitik zusammen mit CVP und SVP
 - Senkung der Staatsausgaben und Gesetzgebungstätigkeit
 - Privatisierung, weniger Sozialpolitik, Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Unternehmen durch Fiskal-, Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik
- Nach Blüte in 1970er anfangs 1980er Jahren ("Mehr Freiheit, weniger Staat") gerät FDP unter Druck
 - parteiinterne Probleme (z.B. Kopp-Affäre) und Schwierigkeiten sich der sich wandelnden Gesellschaft anzupassen

Wandel im 1. WK

- Gegensatz zwischen alter und jungfreisinniger, sozialpolitisch orientierter Generation
- Austritt der Romands aus der FDP-Fraktion
- Wirtschaftlich-soziale Interessenspannungen, zwischen Arbeitgebern und Angestellten, bäuerlichen Produzenten und städtischen Konsumenten, Grossunternehmen und mittelständisch kleingewerblichen Erwerbszweigen
- An beiden Flügeln bröckelt die Partei ab, was sich in den Wahlen 1919 niederschlägt